



Vorlage Nr. 20-O-02-0015

Tagesordnungspunkt 4

der öffentlichen Sitzung des Ortsbeirates des Ortsbezirkes Wiesbaden Westend/Bleichstraße am 17. Juni 2020

Verbreiterung des Bürgersteigs - Busbahnhof Bleichstraße (Nordseite)

Antrag der SPD-Fraktion:

Der Magistrat wird im Blick auf den offenkundigen Missstand zum dritten Mal gebeten, einvernehmlich mit ESWE-Verkehr eine Möglichkeit zu finden, den Bürgersteig in der Bleichstraße entlang der neuen Bushaltestellen um mindestens einen Meter zu verbreitern.

Begründung:

Mit Beschlüssen Nr. 0183 vom 07.12.2011 und Nr. 0060 vom 02.05.2012 beantragte der Ortsbeirat Westend/Bleichstraße mit jeweils großer Mehrheit, den Bürgersteig an besagtem Ort wegen des häufig großen Gedränges um mindestens 1 m zu verbreitern. Beide Anträge wurden von Dezernat IV am 13.06.2012 zusammenfassend mit folgender Begründung abgelehnt (auszugsweise fast wörtlich):

„Eine Verbreiterung des nördlichen Gehwegs zwischen Schwalbacher Straße und Helenenstraße kann.....**nach erneuter Beurteilung der Situation** nicht in Erwägung gezogen werden“. Zur Änderung der Verkehrsführung am Platz der Deutschen Einheit seien alle erforderlichen Straßenanschlüsse an diese neue Verkehrsführung angepasst worden, so auch zwischen Schwalbacher Straße und Helenenstraße. Die Bushaltestellen in der Bleichstraße seien aufgrund der hohen ÖPNV-Frequenz und den damit einhergehenden Fahrbahnbeanspruchungen dementsprechend baulich ausgebildet. Die Fahrbahnbereiche seitlich der Haltestellen seien für derartige Belastungen nicht ausgelegt.

Ein weiterer in der Ablehnung unerwähnt gebliebener Aspekt wird im zweiten Bericht (Quartalsbericht zum ersten Quartal 2019) zum Beschluss Nr. 0483 vom 09. November 2018 zum Platz der Deutschen Einheit deutlich: Laut Tiefbau- und Vermessungsamt sei eine kurzfristige Verbesserung der Situation (insbesondere die Verbreiterung der Aufstellfläche) nicht darstellbar. Zum Einen wäre die kostenintensive Verlegung von Versorgungsleitungen (→ 1 Mio. €) erforderlich, zum Anderen **bestehe noch eine Bindungsfrist (Zuwendungsmaßnahme)**.

Die von Dez. IV bestätigte „hohe ÖPNV-Frequenz“ verursacht insbesondere in Stoßzeiten nach wie vor ein teilweise chaotisches Durcheinander wartender Fahrgäste von ESWE-Verkehr und RMV. Dies veranlasste die Stadtfractionen von SPD und Grünen am 24.04.2018, mit einem gemeinsamen Antrag den Missstand anzusprechen:

„Die Situation an der Haltestelle „Platz der Deutschen Einheit“ stellt sich als für alle Beteiligten nicht zufriedenstellend dar. Der insbesondere durch Fahrgäste und Fußgänger in Anspruch genommene Raum erweist sich als nicht ausreichend bemessen. **Ein Sprecher des Verkehrsdezernates spricht öffentlich gar von einer Fehlplanung.**

.....

Der Magistrat wird in diesem Antrag gebeten,

1. schnellstmöglich eine Entwurfsplanung für eine Umgestaltung der Bushaltestelle am Platz der Deutschen Einheit in der Art zu erarbeiten und dem Ausschuss zur Beratung vorzulegen, wie sie jungst vom Verkehrsdezernat als möglich dargestellt wurde und welche auch die genannten Lösungsansätze bewertet,
2. die zur Umsetzung einer solchen Umgestaltung erforderlichen Mittel zu benennen sowie
3. zur Bereitstellung dieser Mittel Deckungsvorschläge zu unterbreiten“.

Wie die Reaktion auf diesen Antrag ausgefallen ist, entzieht sich unserer Kenntnis.

Auf der zweiten Sicherheitskonferenz von KOMPASS am 05.03.2020 wurde von dem Sprecher des Dezernats IV lediglich der Status quo bestätigt. Vom Planen zur Umgestaltung war nichts zu hören.

Von polizeilicher Seite wurde überdies der Busbahnhof als „Brennpunkt der Kriminalität“ (68 Delikte in 2019) charakterisiert. Polizeipräsident Müller forderte deshalb seinerseits eine Umgestaltung der Haltestelle in der Bleichstraße.

Beschluss Nr. 0044

Antrag der SPD-Fraktion antragsgemäß beschlossen.

+

+

Verteiler:

Dezernat V z. w. V.

Wild
Ortsvorsteher